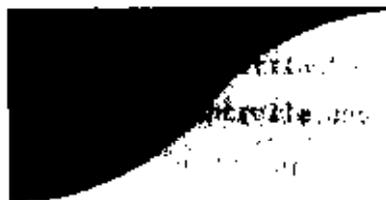


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 56 648-48 ppbn d



Inhalt

Egon Bahr, Bundesgeschäftsführer der SPD warnt vor Hysterie in der Debatte um die Sicherheit der Bundesrepublik.

Seite 1/2

Gerhard Jahn MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, wirft der Opposition Hilf- und Ziellosigkeit in der Frage der Abrüstung vor.

Seite 3/4

Karl Thorwirth MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, kritisiert die Entscheidung der CDU, die Wahlmänner zur Bundespräsidentenwahl schon am 15. Februar nach den alten Mehrheitsverhältnissen wählen zu lassen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

4. Jahrgang / 28

8. Februar 1979

Aufrüstung ist keine Sicherheitspolitik

Bundesrepublik kann Anstöße zur Entspannungspolitik geben

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Die gegenwärtige Debatte über die Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten einerseits und mögliche Schritte in Richtung Rüstungskontrolle und Abrüstung andererseits droht sich in Hysterie zu verlieren. Diese innenpolitische Debatte ist durch nichts gerechtfertigt, denn

- die Sicherheit ist nicht bedroht; der deutsche Verteidigungsbeitrag ist heute in seiner Bedeutung nicht geringer, sondern höher zu veranschlagen als noch vor zehn Jahren;
- der anstehende Entscheidungsbedarf über die Einführung neuer Waffensysteme erfordert keine übereilten Entscheidungen. Es geht nicht um die Sicherheit der ausgehenden 70er Jahre, sondern um die der Mitte der 80er Jahre.

Im übrigen: Wer meint, Aufrüstung sei die beste Sicherheitspolitik, dem halte ich als Sozialdemokrat

entgegen: Sicherheit gewinnen wir auf Dauer nur, wenn der Rüstungswettlauf übergeführt wird in eine Phase von Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und -abbau.

Dabei sind naturgemäß in erster Linie die beiden Supermächte gefordert. Vereinbarungen der USA und der UdSSR haben Vorrang. Aber unsere geographische Lage und unser Interesse gebieten uns, nicht abseits zu stehen, sondern in Abstimmung mit unseren Partnern eine aktive Rolle zu spielen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß in drei Punkten - und zwar den drei wichtigsten Punkten - die Bundesrepublik in der Lage sein wird, der Entspannungspolitik neue Anstöße zu geben:

- 1/ Wir sind uns klar darüber, daß MBFR zeitlich vor allem anderen liegt.
- 2/ Wir sind uns klar darüber, daß es für die Bundesrepublik Deutschland keinen Sonderstatus geben darf. Und
- 3/ wir sind uns klar darüber, daß wir keine nukleare Macht sind, auch nicht werden wollen. Wir tun auch nicht so, als könnten wir Entscheidungen anderer nuklearer Mächte treffen oder für sie treffen oder auf sie drängen.

Und schließlich ist für mich unbezweifelbar - der Bundeskanzler hat das mehrfach wiederholt: Jede Erfahrung spricht dagegen, daß man erst aufrüstet, um dann wieder abzurüsten.

(-/8.2.1979/va-he/hgs)

+

+

+

Herunterrüsten, nicht aufrüsten

Europa braucht mehr als den Zustand von Nicht-KriegVon Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Nichts hat sich geändert: Als darüber zu entscheiden war, wollten CDU und CSU Entspannung, aber keine Verträge; jetzt wollen sie wieder Entspannung, aber keine ernsthaften und vordringlich betriebenen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle. Dennoch: Hilf- und ziellos zugleich behaupten sie auch noch, auf dem Boden der Verträge zu stehen.

Europäische Friedenspolitik beruht seit Jahrhunderten auf dem Grundsatz vom Gleichgewicht der Mächte. CDU und CSU müssen erklären, warum sie Vorschläge und Kampagnen ausbreiten, die im Ergebnis diesem Prinzip widersprechen. Europa braucht mehr als den Zustand von Nicht-Krieg. Notwendig ist, die politische Entspannung durch militärische Entspannung zu befestigen. Wer heute mehr Sicherheit in Europa und im Ost-West-Verhältnis insgesamt will, muß herunterrüsten, nicht aufrüsten. Wer im Vorfeld von Verhandlungen, die zum Teil noch gar nicht die politische Ebene erreicht haben, schwierige Probleme zu Prestigefragen zwischen Ost und West macht, schneidet Verhandlungsmöglichkeiten ab, ehe sie ergriffen werden konnten.

Allen diesen Grundsätzen handelt die CDU/CSU zuwider.

Verbal bekennt man sich im Unionslager zum Gleichgewicht der Mächte, tatsächlich jedoch, so auch in einem Gespräch mit der "FAZ" offengelegt, verfolgt man das Ziel der "Eskalationsdominanz". Es wird keine Ergebnisse im Abrüstungsdialog geben können, wenn man nicht auch im Bereich der militärischen Abschreckungsmöglichkeiten dem Grundsatz des Gleichgewichts folgt.

"Beifall und Bewegung", also doch wohl Anzeichen von Nachdenklichkeit, verzeichnet das Protokoll des CDU-Bundesparteitages, auf dem Konrad Adenauer am 21. März 1966 gesagt hatte, "daß die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen." Aber nichts hat sich daraus ergeben. Stattdessen ertönt heute ein ganzes Panik-Orchester auf einen einfachen Hinweis von Herbert Wehner: Nicht nur aus unserer Sicht könne die sowjetische Rüstung als aggressiv erscheinen, sondern auch umgekehrt, aus der Sicht der Sowjetunion, könne manches als bedrohlich angesehen werden, obwohl es seitens des Westens nur aus der Sorge vor Rüstungsmaßnahmen der anderen Seite geschieht; deshalb komme es entscheidend darauf an, das erreichte Maß an Vertrauen zu pflegen und auszubauen.

Es ist die Pflicht der Generale, das erforderliche Maß an Rüstung vorzuschlagen, damit wir verteidigungsfähig bleiben können. Es ist die Pflicht der Politiker, alle Möglichkeiten auszuloten, damit die Vorschläge der militärischen Fachleute nicht realisiert werden müssen.

CDU und CSU verzichten auf Politik - mehr noch, aus totaler Opposition, die das Gegenteil dessen ist, was parlamentarische Opposition zu sein hat, haben sie sich zu einem entspannungsfeindlichen Rüstungschauvinismus verstiegen. Es paßt in dieses

Bild, wenn einige in einer besonders ehrenwerten Gesellschaft dann auch noch Herbert Wehner als "Sicherheitsrialeko" zu beschimpfen versuchen. Wer, wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nun schon zum dritten Mal hintereinander, den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland, die Grundlage eines Beitrages zur Sicherheit, ablehnt, stellt sich ins Abseits. Er kann nicht mehr widerlegen, daß er nur noch die Gegnerschaft und nicht mehr den sachlichen Unterschied sucht.

Ist es die wirkliche, eine durchdachte Meinung von CDU und CSU oder mehr noch blinde Opposition, wenn sie fordern, erst solle aufgerüstet werden, bevor man verhandeln könne. Solcher Eifer hat offenbar auch den sonst eher bedächtigen Herrn Wörner verleitet, Forderungen zu stellen, die innerhalb des westlichen Bündnisses Sprengkraft haben. Er redet so, als solle die Bundesrepublik Entscheidungen über Produktion und Stationierung von Nuklearwaffen treffen. So verhielt sich die CDU/CSU schon seinerzeit bei der Debatte über die Neutronenwaffe. Am Ende standen dann Äußerungen, die den Beziehungen zum amerikanischen Verbündeten nicht gut bekommen können.

Die bewährte gemeinschaftliche Abstimmung im Bündnis und die Anerkennung der amerikanischen Entscheidungskompetenz über Produktion und Dislozierung von Nuklearwaffen dürfen nicht angetastet werden.

Wenn sich die Bundesrepublik, gemäß den Ratschlägen der Opposition, diese Rolle anmaßte, stünde sie sehr schnell isoliert und als Hemmnis im Ost-West-Dialog da. Das Bündnis würde seine Handlungsfähigkeit einbüßen. Dabei sind wir, an der Nahtlinie des Ost-West-Gegensatzes, geteilt zudem, wie kein anderes Land auf Schutz und Solidarität des Bündnisses angewiesen.

Was CDU und CSU in den letzten Wochen vorgeführt haben, war das Spiegelbild ihrer internen Feindschaftsverhältnisse. Parteien, die im Umgang ihrer Verantwortlichen miteinander jedes Maß verloren haben, übertreten auch in der Formulierung ihrer politischen Aussagen jede Hemmschwelle.

(-8.2.1979/va-lu/hjs)

Angst vor dem Votum des Wählers

CDU-Rheinland-Pfalz will Vertreter für die Bundesversammlung
noch auf der Basis des Wahlergebnisses von 1975 wählen

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag

Die von der CDU im Ältestenrat des Landtages gegen den Willen von SPD und FDP durchgesetzte Entscheidung, die rheinland-pfälzischen Wahlmänner für die Wahl des Bundespräsidenten bereits am 15. Februar, also noch in der zuendegehenden Legislaturperiode des Landtages zu wählen, ist politisch falsch und rechtlich bedenklich. Die SPD lehnte und lehnt diesen Wahltermin ab, weil ihrer Auffassung nach es wichtigstes Ziel für alle Parteien sein muß, zu erreichen, daß die vom Landtag zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung parteipolitisch so zusammengesetzt sind, wie es dem zum Zeitpunkt der Präsidentenwahl amtierenden Landesparlament entspricht. Rheinland-Pfalz wählt am 18. März seinen neunten Landtag, der sich zwei Monate später, am 18. Mai konstituiert. Darauf muß Rücksicht genommen werden. Eine auf dem aktuellen Wählerwillen basierende Vertretung in der Bundesversammlung läßt sich in Rheinland-Pfalz auf mehreren Wegen erreichen: Bundestagspräsident Carstens könnte den Termin für die Bundesversammlung auf einen späteren Zeitpunkt - Ende Mai etwa - verschieben, dann würde es keinerlei Probleme für den neuen Mainzer Landtag geben.

Mit einigem guten Willen, was die technische Seite betrifft, ist eine Wahl durch den neuen Landtag aber selbst dann möglich, wenn die Bundesversammlung schon am 23. Mai zusammentritt.

Durch die von SPD und FDP in Rheinland-Pfalz vorgeschlagene Einigung könnte der noch bis zum 18. Mai amtierende 8. Landtag einvernehmlich nach der Landtagswahl am 18. März auf der Grundlage des neuen Wahlergebnisses seine Vertreter für die Bundesversammlung wählen.

Die CDU im Landtag von Rheinland-Pfalz hat alle Vorschläge von SPD und FDP, vermutlich in Abstimmung mit dem potentiellen CDU-Präsidentschaftskandidaten Carstens, abgelehnt und von ihrer Mehrheit rücksichtslos und ohne jede Kompromißbereitschaft Gebrauch gemacht. Offenbar fürchtet sich die CDU in Rheinland-Pfalz vor dem Votum des Wählers am 18. März, sonst hätte sie mit Selbstbewußtsein die Argumente der Oppositionsparteien übernehmen können.

(-/8.2.1979/vo-he/hgs)